

Großer Rückhalt für Dietmar

Nun ist es offiziell: Dr. Dietmar Bartsch wird für DIE LINKE um das Direktmandat in den Bundestag kämpfen, um im Parlament den Interessen von Rostock und Umland eine Stimme zu geben. Nachdem Dietmar seine Bereitschaft bereits auf dem Kreisparteitag im November 2016 erklärt hatte, wählten ihn 94,1 % der 186 anwesenden stimmberechtigten Genoss*innen zu ihrem Kandidaten.

Trotz Glatteis war am 13. Januar der Saal 2 der Rostocker Stadthalle gut gefüllt, denn fast 200 Genossinnen und Genossen aus Rostock und Umkreis (Altkreis Rostock Land) wollten es sich nicht nehmen lassen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Dietmar ließ keinen Zweifel

daran, dass er den Wahlkreis gewinnen will, damit die Hansestadt wieder mit einer vernehmbaren Stimme im

Scharte der verlorenen Landtagswahl auszumerzen und am 24. September 20 Prozent + X der Stimmen in Mecklenburg-Vorpommern für DIE LINKE zu ergattern.

Dietmar zeichnete ein düsteres Bild der Lage in der Welt. Die Europäische Union stehe vor dem Zerfall, Kriege erschütterten die Welt. Es sei aber kein Naturgesetz, dass die Welt aus den Fugen gerate, sondern Folge einer falschen Politik. Der Kampf gegen den Terror sei gescheitert, analysierte der Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion. Die Fluchtursachen zu bekämpfen, dürfe keine leere Floskel bleiben. Wir müssten uns dafür einsetzen, dass Waffenexporte endlich verboten werden.



Bundestag vertreten ist. Er kündigte zugleich an, auf der Landesliste für Platz 1 zu kandidieren. Es gelte, die

Fortsetzung auf S. 3



In Rostock wurde Dietmar Bartsch zum Direktkandidaten gekürt
Mehr dazu auf den Seiten 1 und 3



Mit einer Mahnwache wurde in Güstrow gegen Abschiebungen protestiert
Mehr dazu auf Seite 4



Die Genoss*innen des Landkreises Rostock trafen sich
Mehr dazu auf Seite 5

In dieser Ausgabe

Seite 2: Cannabis als Medizin
Seite 3: Dietmar Bartsch
Seite 4: Mahnwache
Seite 5: Landkreisversammlung
Seite 6: Gedenktag
Seite 6/7: Mobilisierung
Seite 8/9: Aus dem Landtag

Seite 10: Katja Kipping
Seite 11: NPD-Verbot
Seite 12: Kurt Kaiser
Seite 13: NPD-Verbot
Seite 14: Kuba heute
Seite 15: AG Seniorenpolitik
Seite 16: Theaterrezension

Liebe Leserinnen und Leser, ein gesundes neues Jahr für Euch alle! Der KLARTEXT meldet sich mit einem Paukenschlag aus der Weihnachtspause zurück: Dietmar Bartsch ist unser Direktkandidat für Rostock und Umgebung. Wer den Dezember-KLARTEXT gelesen hat, konnte es schon ahnen, denn Dietmar hatte seine Kandidatur ja bereits angekündigt. Aber die Schlagzeile wollten wir uns jetzt nicht nehmen lassen. Auf geht's in den Kampf um das Direktmandat! Furchtlos und mit den Menschen müssen wir sein, wie es Katja Kipping in ihrer Rede zum Jahresauftakt der LINKEN formulierte (Seite 10). Wie die Aktiven aus der Initiative „Füreinander da sein in Rostock“, unter ihnen Jutta Reinners, die auf Seite 3 über ihre Aktivitäten für Flüchtlinge berichtet. Wie Karen



Larisch, die in Güstrow zur Mahnwache gegen Abschiebungen nach Afghanistan rief (S. 4). Furchtlos wie sie und ihre Mitstreiter*innen im Kampf gegen die NPD – ein Kampf, der durch das Bundesverfassungsgericht nicht belohnt wurde. Aufgeben wird DIE LINKE deshalb nicht.

Lest nun endlich auch den letzten Teil der Serie von Günter Althaus über das Kuba der Gegenwart. Schade, dass diese Reihe nun ihr Ende findet. Auf der letzten Seite zeigt Wolfgang Bergt, dass es in Rostock auch noch politisches Theater gibt. Vielen Dank auch an alle weiteren Autor*innen, die dieses Heft wieder mit Leben gefüllt haben.

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

Cannabismedizin gegen den Willen der Bundesregierung erkämpft

Der Bundestagsbeschluss zum Thema Cannabismedizin markiert eine Zeitenwende: Deutschland legalisiert nach langer Zeit Cannabis für den medizinischen Gebrauch und wird künftig unter staatlicher Aufsicht sogar selbst Cannabis anbauen. Auch übernehmen die Krankenkassen die Kosten der Cannabis-Therapie. Die Pflanze ist endlich entdämonisiert. Das alles erfolgt im Interesse der Patientinnen und Patienten, die sich bisher trotz schwerwiegender Erkrankungen mit unwürdigen bürokratischen Hürden und horrenden Kosten herumschlagen mussten, um überhaupt ihr Medikament zu erhalten.

Zum Hintergrund: Insbesondere bei chronischen Erkrankungen hilft vielen Patientinnen und Patienten nur noch Cannabis. Weil sich jedoch besonders CDU & CSU aus ideologischen Gründen weigerten, diese Erkrankten mit Cannabis zu versorgen, kämpften sie sich gegen den Willen der Bundesregierung durch alle richterlichen Instanzen. Moralisch war das unterlassene Hilfeleistung der Regierung auf Kosten von Erkrankten. Erst als einem Patienten höchstinstanzlich das Recht auf Eigenanbau zugesprochen wurde, blieb der Bundesregierung keine Alternative mehr: Um den Eigenanbau zu verhindern, muss sie jetzt medizinisches Cannabis legalisieren.

Trotz der Verbesserungen bleiben Baustellen: DIE LINKE wird genau beobachten, wie die Polizei mit Cannabispatientinnen und -patienten im Alltag umgehen wird. Viel zu wenige Polizeibeamte sind darüber aufgeklärt, dass es überhaupt legales Cannabis zum medizinischen Gebrauch gibt. Das ist aufgrund der ideologisch motivierten Verbotspolitik bei Cannabis auch nicht überraschend. Oftmals ist sich die Polizei nicht sicher, ob es sich um legales medizinisches Cannabis handelt oder um illegales Cannabis zum Freizeitkonsum. Folge: Ein Ermittlungsverfahren aufgrund eines Anfangsverdachts des Verstoßes gegen Betäubungsmittel. Diese Kriminalisierung von Cannabispatientinnen und -patienten muss dringend ein Ende haben!

Die Cannabispatientinnen und -patienten haben großen Willen und viel Ausdauer bewiesen. DIE LINKE stimmt dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung dieses Mal zu, weil sie endlich das umsetzen muss, was wir ohnehin immer gefordert haben: Gesundheit als Menschenrecht.

Quelle: www.linksfraktion.de



Für ein sozial gerechtes Leben in Mecklenburg-Vorpommern

Wir legen unsere Ziele vor - Diskutieren Sie mit uns und schreiben Sie, was für Sie zu einem Leben gehört, das eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Ist eine Wohnungspolitik gerecht, die zu wenig Sozialwohnungen vorhält? Ist es gerecht, dass Eltern für einen Kitaplatz hunderte Euro zahlen müssen? Ist es sozial gerecht, dass Kindern Bildungschancen genommen werden, weil ihre Eltern wenig verdienen? Wir freuen uns auf Ihre Meinung. Herzliche Grüße,

Ihre Simone Oldenburg

KLARTEXT online

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse dazu vor, wie viele wohnungslose Menschen in Deutschland erfrieren. Einen diesbezüglichen Handlungsbedarf sieht sie auch nicht und verweist stattdessen auf die Zuständigkeit der Länder und Kommunen für die Betreuung und Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage Sabine Zimmermann hervor. Nach Auskunft der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. sind

aber durchaus Informationen verfügbar: Demnach sind seit 1991 mindestens 289 wohnungslose Menschen in Deutschland an Unterkühlung verstorben. "Es ist unendlich traurig und ein Skandal, dass Menschen in Deutschland erfrieren. Dass die Bundesregierung sich offensichtlich nicht dafür interessiert, zeugt von der sozialen Kälte der Großen Koalition. Auch wenn die Bundesregierung formal nicht zuständig ist, entlässt sie dies nicht aus der Pflicht Kältetote in Deutschland zu verhindern und Länder und Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Die steigende Zahl wohnungsloser Menschen dokumentiert zudem das Versagen der Bundesregierung in der Armutsbekämpfung", kritisiert Sabine Zimmermann.

Aufstellung des Rostocker Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2017

Fortsetzung von S. 1

Auch in Deutschland gibt es einiges zu tun. An erster Stelle nannte Dietmar Bartsch den Kampf gegen Altersarmut. Das Land braucht eine gerechte Rentenreform, die Jedem ein Leben in Würde sichert. Eine Steuerreform soll helfen, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Es sei doch ein Skandal, dass in Deutschland 1,9 Millionen Kinder in Armut leben, während es gleichzeitig 1200 Milliardäre im Land gebe. Steuerenkungen seien der falsche Weg, so Dietmar, stattdessen müsse es eine Umverteilung geben. Die teuersten Flüchtlinge überhaupt seien die Steuerflüchtlinge. DIE LINKE müsse auch immer wieder anprangern, dass der gescheiterte VW-Chef Winterkorn jeden Tag eine Pension von 1300 Euro erhalte, während der Mindestlohn nur um 34 Cent erhöht worden sei. Von einem Verfall der Sitten sprach Dietmar. Dietmar Bartsch äußerte sich skeptisch über die Chancen für Rot-Rot-Grün auf Bundesebene. Zwar hält er grundsätzlich reine Oppositionspolitik für keine gute Strategie, aber der-

zeit sieht er wenig Schnittmengen für eine Koalition mit SPD und Grünen. DIE LINKE solle im Wahlkampf nur für sich und ihre Inhalte kämpfen, und

halb nicht immer vor Ort in Rostock sein. Umso mehr brauche es eine starke Partei, die dem Direktkandidaten den Rücken freihalte, denn nur gemeinsam könne man die Wahl gewinnen, erklärte Dietmar zum Abschluss.



Im Anschluss an die Wahl des Direktkandidaten fand die Regionalkonferenz über die künftige Arbeit des Landesverbandes statt. Nachdem fünf

dabei dem Volk auf's Maul schauen, wie es schon Martin Luther gefordert hatte. Nachfrage aus dem Publikum: Wie präsent wird Dietmar Bartsch im Wahlkampf in Rostock sein? Dietmar wird auch in seinem Wahlkreis viele Termine wahrnehmen, aber natürlich hat der Spitzenkandidat deutschlandweit Verpflichtungen und kann de-

Genoss*innen die Thesen der Arbeitsgruppen zu bestimmten Themenbereichen vorgestellt hatten, war die anwesende Basis am Zug, eigene Gedanken einzubringen. Dabei kam u.a. heraus, dass auch auf Landesebene DIE LINKE ihr friedenspolitisches Profil schärfen müsse. Die Debatte lief verhalten, auch die angebotenen vertiefenden Veranstaltungen trafen auf geringes Interesse. Das ist schade, sind wir doch alle aufgefordert, über die Zukunft unserer Partei zu diskutieren. Da hört man doch gerne, dass auf den vertiefenden Veranstaltungen trotz niedriger Teilnehmerzahl intensiv diskutiert wurde. Mehr dazu in der Märzausgabe des KLARTEXT.



Text: Carsten Penzlin, Fotos: Eva-Maria Kröger, Nico Burmeister, DBT/Inga Haar

Dezember 2016. Fröhliche Weihnacht.....

das hatten achtunddreißig Syrer, die seit 2015 in Rostock leben. Gemeinsam organisierte die Initiative „Füreinander da sein in Rostock“ mit den Flüchtlingen. Eine unvergessene Feier für alle! Zur Begrüßung gab es Kuchen und Kaffee an einer weihnachtlich gedeckten Tafel. Wir sprachen gemeinsam über Bräuche und Sitten in der Weihnachtszeit in Deutschland. Da durfte natürlich auch der Weihnachtsmann nicht fehlen, der dann als Überraschungsgast kam. Nachdem Weihnachtslieder gesungen und Gedichte vorgetragen wurden, bekam jeder vom Weihnachtsmann eine kleine Überraschung, zur Freude aller. Der Weihnachtsmann freute sich über die guten Deutschkenntnisse der Gäste und konnte nur schöne Dinge verteilen, die Rute blieb im Sack. Mohamed und Ali fertigten mit viel Ge-

schick ein kleines Buffet zum Abendessen an. Beide arbeiten neben ihrem Deutschunterricht in der Küche eines Restaurants in Rostock. Mohamed erzählte uns, dass sein Vater in Aleppo ein Hotel hatte und er als Teenager oft geholfen hat. Er liebt diese Arbeit in der Küche sehr. Eine besonders große Freude war für uns alle an diesem Abend, dass ein zwölfjähriger Junge aus Syrien nach fast eineinhalb Jahren Trennung seinen Vati in die Arme schließen konnte. Diese kleine Feier wird für uns unvergesslich sein. Gastfreundschaft öffnet die Herzen der Menschen. Unsere Initiative kann nur durch kleine Sach- und Geldspenden eine solche Feier organisieren. Viele Rostocker helfen unproblematisch, an jene einen großen Dank. Dank insbesondere an Frau Schelski vom Kurhaus aus Rostock, an Frau Hecht und Frau Laß vom KOE sowie an die OSPA.

Wir wünschen allen ein gutes neues Jahr.

Jutta Reinders
Initiative „Füreinander da sein in Rostock“



Afghanistan ist nicht sicher

Mahnwache auf dem Güstrower Pferdemarkt gegen Abschiebungen der Bundesregierung nach Afghanistan sowie gegen Terror, Krieg und Extremismus in der Welt



Am 14. Januar 2017 versammelten sich ab 12.00 Uhr mehr als 30 Güstrower und Güstrowerinnen, um ein Zeichen gegen die derzeitige Abschiebepolitik des Bundes in den unsicheren Herkunftsstaat Afghanistan zu setzen. Auch die aktive Unterstützung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern an dieser unmenschlichen Abschiebepaxis stand im Fokus der Kritik.

Die Mahnwache auf dem Güstrower Pferdemarkt fand im Rahmen landesweiter Protestveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Polen statt. Auf Initiative des Netzwerkes „Afghanistan – Nicht sicher“ versammelt sich in 16 Städten zahlreiche Menschen, um gegen Abschiebungen und für eine humane Behandlung von Geflüchteten zu demonstrieren. In den verschiedenen Redebeiträgen wurde unter anderem der Aufruf des Netzwerkes „Afghanistan – Nicht sicher“ verlesen, um auf die Notwendigkeit eines Abschiebestopps – vor allem nach Afghanistan – hinzuweisen.



„Ein Land, in dem die deutsche Botschaft aufgrund akuter Gefährdung geschlossen werden musste; ein Land, das der Innenminister der Bundesregierung Thomas de Maizière nur in schusssicherer Weste und mit Helm betritt; ein Land, das über weite Teile durch die Terrororganisation der Taliban beherrscht – ein solches Land kann nicht als sicherer Herkunftsstaat deklariert werden. Aber genau das macht die Bundesregierung, um ihre Zwangsabschiebungen zu legitimieren. Für schutzsuchende Menschen kann diese Praxis, die Reise in den Tod bedeuten“, so Karen Larisch, Abgeordnete der Linksfraktion im Schweriner Landtag, Sprecherin für Migration, Demokratie und Toleranz sowie Petitionen, während der Veranstaltung.

Ein Vertreter eines Netzwerkes aus Ärzten und medizinischem Personal, das sich in Deutschland um die medizinische Versorgung von Geflüchteten und deren Helfer kümmert, verlas im weiteren Verlauf der Mahnwache eine Erklärung. Darin sprach sich das Netzwerk gegen Abschiebungen in Länder, wie Afghanistan, aus. Neben einer fehlenden medizinischen Grundversorgung im Aufnahmezustand, bedeuten Abschiebungen auch massive psychische Belastungen für den Betroffenen. Die zwangsweise Trennung von familiären Verbindungen sowie sonstigen persönlichen Kontakten und die Unsicherheit in Bezug auf die eigene Zukunft in einem Land, das vom Krieg beherrscht wird, ziehen in der Regel ernstzunehmende Erkrankungen

nach sich.

Der zweite Teil der Mahnwache wies weitergehend auf die rechten Umtriebe in der Stadt Güstrow hin. In der Vergangenheit kam es wiederholt zu Propagandadelikten, Bedrohungen und Übergriffen durch Neonazis. Zusammen mit dem gesamteuropäischen Vormarsch von Nationalisten und Rechtspopulisten dienen solche Taten der Rechtfertigung, das ohnehin ausgeholte Recht auf Asyl weiter zu verschärfen. Dass die gegenwärtige Entwicklung in Deutschland Parallelen zu der Situation Anfang der 1990er Jahre aufweise und rechte Teile der Gesellschaft sich wieder einmal über die Konsequenz im Umgang mit schutzsuchenden Menschen freuen, erklärte Karen Larisch. Vor knapp 25 Jahren kam nach massiven Ausschreitungen, Brandstiftungen und Morden durch Neonazis und Rassisten in der gesamten Bundesrepublik zu der Abschaffung des Artikels 16 des Grundgesetzes – dem Grundrecht auf Asyl. Obwohl die Bundesrepublik u.a. durch Waffenexporte und Kriegseinsätze mitverantwortlich an der Situation in den Herkunftsländern Geflüchteter ist, scheint man sich wieder nur darauf zu beschränken, Deutschland vor dem Rest der Welt abzuschotten. Gewalttätige Rassisten und Neonazis werden hingegen als „Asylkritiker“ verharmlöst.

Karen Larisch



Armut beseitigen, soziale Sicherheit garantieren

- Die Würde des Menschen ist unantastbar: Hartz IV abschaffen, eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro einführen, ALG I verlängern, Hürden abbauen.
- Kinderarmut beseitigen: Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen, Kindergrundsicherung von 564 Euro einführen.
- Das Öffentliche stärken: Sozialtickets, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule.

DIE LINKE.

**Wählt DIE LINKE.
Denn wir lassen
uns nicht kaufen!**

Gesamtmitgliederversammlung im Landkreis

Am 7. Januar 2017 trafen sich die Mitglieder des Kreisverbandes Landkreis Rostock zu einer Gesamtmitgliederversammlung.

Das Anliegen der Versammlung hatte zwei Schwerpunkte. Erstens ging es um ein erstes Resümee der Arbeit unserer Landtagsfraktion nach den Landtagswahlen sowie die Wahl unserer Vertreterinnen und Vertreter für die Landesvertreterversammlung am 18. März 2017 in Gägelow. Zweitens wurde die Gesamtmitgliederversammlung als Regionalkonferenz zum Leitbild unseres Landesverbandes genutzt.

Simone Oldenburg, Vorsitzende der Landtagsfraktion, nutzte die Gesamtmitgliederversammlung zur umfassenden Information über die Arbeit der Fraktion in den ersten fünf Monaten seit der Landtagswahl. Große Zustimmung bei den TeilnehmerInnen fand die neue Herangehensweise der Fraktion, den Dialog mit den Kreisverbänden sowie den Basisorganisationen zu suchen. Man muss den Leuten „aufs Maul“ schauen, um herauszubekommen, was sie bewegt, welche Sorgen oder Probleme sie haben. Unsere Fraktion, so Simone Oldenburg, stellt sich in dieser Legislaturperiode die Aufgabe, soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Der 20. Februar wird der „Tag der sozialen Gerechtigkeit“! „Aktionen statt Anträge“ ist das Motto, unter der die Fraktion so oft wie möglich vor Ort in Erscheinung treten wird. Zweimal im Jahr ist geplant, gemeinsam mit der Landespartei, ein Magazin mit Erfahrungsberichten aus den Kreisen, Problemen und Lösungsansätzen herauszugeben. Den Vereinen und Verbänden sowie den Kreisverbänden wird die Fraktion einen Veranstaltungskatalog mit inhaltlichen Angeboten geben. Simone bezeichnete die neu gewählte Landtagsfraktion als „gute Gruppe von Gleichgesinnten“.

Als VertreterInnen für die Landesvertreterkonferenz am 18. März 2017 in Gägelow wurden aus unserem Kreisverband gewählt:

Barbara Kirchhainer; Heike Müller; Dr. Kerstin Neuber; Christa Nier; Birgit Runge; Karin Schmidt; Peter Hörnig; Dr. Christoph Küsters; Philipp Lettow; Prof. Dr. Wolfgang Methling; Prof. Dr. Fritz Tack; Christian Teske.

Als ErsatzvertreterInnen wurden gewählt: Lutz Hänsel; Susanne Krone; Gudrun Pach;

Sven Sauer und Dr. Peter Strauer.

Zur Einführung in die Thesen zur Regionalkonferenz erhielten wir dankenswerter Weise Unterstützung vom Landesverband.

Christian Petermann sprach zum „Leitbild unserer Partei“ und zu „JungwählerInnen“, **Björn Griese** über die „Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit“, **MdL Torsten Koplin** über „Alternativen zur Regierungspolitik“, und **Peter Hörnig** über die „Die erfolgreiche Neuorganisation der Arbeit des Landesverbandes“.

Die anschließende Diskussion machte deutlich, dass der Redebedarf unter der Mitgliedschaft zu o.g. Themen sehr groß ist. Parteiarbeit darf nicht abgehoben von der Basis stattfinden. Immer den Menschen aufs Maul schauen! Wir müssen den Menschen Alternativen zur herrschenden Regierungspolitik aufzeigen. Beim jetzigen Regierungshandeln soll der Mensch der Wirtschaft dienend sein. DIE LINKE ist die einzige Partei, die nicht den Reichen hörig ist!

Es geht um solche inhaltliche Fragen wie z.B. kostenfreien Schülertransport oder wohnortnahe Gesundheitspolitik. Die politische Arbeit unserer Partei darf sich nicht nur auf Parlamente und Fraktionen beschränken. Unserem Landesvorstand muss eine neue Autorität verliehen werden. Die Landesarbeitsgemeinschaften müssen viel mehr als sachdienliche Strukturen genutzt werden und personell aufgestockt werden.

In den Basisorganisationen muss gemeinsam überlegt werden, mit welchen Methoden wir die Menschen ansprechen können, wie wir sie erreichen. Der „traditionelle Informationsstand“ ist alleinig nicht mehr zeitgemäß. Neue Formen könnten z.B. Straßentheater oder „Lichtanschlüsse mit Beamer“ sein.

Die Gesamtmitgliederversammlung war der Beginn unserer Diskussion. Bis zum Landesparteitag im April müssen wir unbedingt die Zeit für Diskussionen und Schlussfolgerungen als unseren Beitrag für das Leitbild unserer Partei nutzen.

Ich freue mich auf eure Meinungen! Gern nehme ich an diesen Diskussionen teil. Bitte ruft mich an.

Peter Hörnig

Kreisvorsitzender

Mobil: 0173/9401903

Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de



Simone Oldenburg spricht



Torsten Koplin stellt Thesen vor

27. Januar - Tag des Gedenkens

Am 27. Januar, dem Internationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, versammelten sich wie in jedem Jahr zahlreiche Antifaschist*innen am Ehrenmal im Rostocker Rosengarten. In diesem Jahr stand das Gedenken an die homosexuellen Opfer im Zentrum des städtischen Gedenkens. Eckhard Brickenkamp von Rat + Tat e.V. erinnerte in seiner Rede daran, dass es lange brauchte, bis auch der homosexuellen Opfer der NS-Gewaltherrschaft gedacht wurde. Regine Lück schilderte in ihrer beeindruckenden Rede persönliche Eindrücke aus Auschwitz. Es war an diesem Tag eine rundum gelungene Veranstaltung, auf die eine städtische Veranstaltung im Rathaus folgte.



Nur Sachdarstellung, aber wie mobilisieren wir zum Kampf gegen die Ursachen?

Viele Berichte stellen einen Missstand nur dar. Es fehlt die Diskussion um den Kampf gegen die Ursachen. Ob der Unterschied zwischen Armut und Reichtum, Lebensmitteltafeln usw. Eine Meldung über die Eröffnung einer weiteren Tafel. Kein Wort, dass Tafeln in der reichen Gesellschaft kein Erfolg sondern eine Schande sind, und wie wir alle Menschen mobilisieren, gegen die Ursachen zu kämpfen, die verantwortlichen Politiker zwingen, den Menschen zu helfen. Trotz immer mehr Tafeln geht es den Betroffenen nicht besser. Betreiber klagen über sinkendes Angebot und sinkende Hilfsmöglichkeit. Wir fordern einen anständigen gesetzlichen Mindestlohn, der den Betroffenen ermöglicht, sich über die regulären Geschäfte zu versorgen. Laut Europäischer Statistikbehörde muss dieser mindestens 14 Euro pro Stunde sein. Die Differenz zwischen Armut und Reichtum erfordert ein gerechtes Steuersystem, die Gesellschaft zu finanzieren.

Wie solidarisieren wir alle Bürger, sich dafür einzusetzen? Wenn wir uns nicht wehren, wird es nur noch schlimmer. Wo erreichen wir die Betroffenen? ALG-2-Bezieher vor dem Jobcenter.

Die Regierenden fühlen sich nur dem Kapital verpflichtet. Wir brauchen die Vor-

Tarifbindung ist kaum noch vorhanden. Verhandlungen bringen kein Ergebnis. Widerstand darf sich nicht auf Parlamente beschränken, sondern muss außerparlamentarische Bewegung gemeinsam mit Initiativen und Sozialverbänden auf der Straße sein. Wenn nicht die Gewerkschaft als ganze Organisation, dann müssen ihre Mitglieder oder Einzelpersonen handeln. Wenn wir uns trauen, „durch kontrollierte Regelverletzung“ gewohnte Vorschriften zu durchbrechen, ist es auch möglich und erfolgreich. Dann bleibt die juristische Auseinandersetzung aus. Wir gewinnen neue Mitglieder. Protestieren wir während der Arbeitszeit. Wie schnell würde sich die Regierung bewegen, wenn Millionen Beschäftigte zwei Tage die Arbeit niederlegen?

+37%

Mit Rückenwind ins Wahljahr:

1.836 Menschen sind im 4. Quartal 2016 bei uns eingetreten. Zwei Drittel davon sind jünger als 36 Jahre. Das sind 37 Prozent mehr als im Quartal davor! Schön, dass Ihr dabei seid. Und wann machst Du mit?

www.die-linke.de/mitgliedwerden

DIE LINKE.

herrschaft der Politik über das Kapital. Der Irrglaube an die neoliberale Denkweise ist zu durchbrechen. Gewerkschaften sind geschwächt oder beschränken sich selbst.

Zivilgesellschaftliche Revolution ist notwendig, das Volk muss frei die Politik bestimmen. Das erfordert Wirtschaftsdemokratie – Demokratie im Betrieb, Beschäf-

tigte für ihre eigenen Themen aktivieren. Machen wir Veranstaltungen zum Thema in der Bevölkerung, auf öffentlichen Kundgebungen, in Betriebsversammlungen, damit sich auch Funktionäre damit befassen. Nichtorganisierte Beschäftigte und andere Gesellschaftsschichten sind zu mobilisieren. Jeder wird immer gebraucht. Nicht nur

wählen gehen oder die anderen machen lassen. Politischer Streik ist illegal? Das Recht muss erkämpft werden. Streik ist nur zulässig bei Tarifforderung? Na dann erst recht. Alle politischen Entscheidungen beeinflussen Tarife. Für Lohnerhöhung darf angeblich nicht in die Tarifautonomie eingegriffen werden. Zur Lohnsenkung greift

die Regierung ständig ein.

Äußerungen müssen für alle verständlich sein. Nicht jeder hat die Fachkenntnis.

Timo Osmanski (www.timoosmanski.de)

Umsteuern für soziale Gerechtigkeit

- Millionäre besteuern: Vermögensteuer von 5% auf alle Vermögen oberhalb von 1 Mio. Euro.
- Gerechte Einkommensteuer: Spitzensteuersatz 53% ab 86.300 Euro, Grundfreibetrag auf 12.600 Euro anheben. Einkommen unter 7.100 Euro Brutto im Monat werden entlastet!
- Die Reichensteuer erweitern: 60% ab rund 260.000 Euro, 75% auf Einkommen oberhalb von 1 Million Euro.



www.die-linke.de/wahlprogramm2017

Obszöner Reichtum wächst – die Armut auch

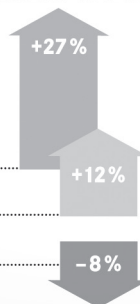
Die Einkommensentwicklung seit 1991

oberste 10 Prozent*

der Durchschnitt*

unterste 10 Prozent*

* nach Höhe des Einkommens



Schluss damit! Gegen Armut kann man was tun:

- 12 Euro Mindestlohn
- 1.050 Euro Mindestsicherung
- 5% Vermögensteuer ab 1 Million Euro
- Einkommen bis 12.600 Euro pro Jahr bleiben steuerfrei

Liebe Genoss_innen,
Im Jahr 2017 jähren sich die Ereignisse in Lichtenhagen zum 25. Mal.

Sie sind als dunkles, wenn nicht gar das dunkelste Kapitel in die Rostocker Stadtgeschichte eingegangen. Es wird zahlreiche Aktionen und Projekte im Rahmen von Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen zu „25 Jahre Lichtenhagen“ und Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, für mehr Viel-

falt und Toleranz in der Hansestadt Rostock geben.

Als LINKE möchten auch wir uns zusammen mit Sympathisant_innen und uns nahe stehenden Organisationen an den vielfältigen Projekten und Aktionen beteiligen.

Aus diesem Grund Gründen wir eine Projektgruppe **„25 Jahre Lichtenhagen - unser Beitrag“**, um gemeinsam Ideen zu entwickeln.

Das erste Treffen werden wir am **Donnerstag 9. Februar 2017 um 17:00 Uhr in der Geschäftsstelle** durchführen. Wer mitmachen möchte, meldet sich bitte umgehend bei mir. Wer am 9.2. nicht kann, aber mitmachen möchte, meldet sich bitte trotzdem. Wir wollen allen, die interessiert sind, die Möglichkeit der Mitarbeit geben.

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Reinke

Überraschungsbesuch beim Genossen Arndt

Anfang Januar 2017 klingelte es bei Karlaugust Arndt. Eva-Maria Kröger gratulierte ihm zu 65 Jahren Arbeit für die Linke. Es ergab sich bei Kaffee und Stollen ein kleiner Erfahrungsaustausch. Er berichtete, wie aus ihm, einem Wehrmachtssoldaten und Kriegsgefangenen, ein Kämpfer für Frieden und linke Ideale wurde! Karlaugust erkundigte sich bei unserer Landtagsabgeordneten, womit sich die Landtagsfraktion beschäftigt.

Danke Eva für Deinen Besuch in Markgrafenheide!

Stadtteilsprecher Henry Klützke



LYRIK

Gebe es diesen Preis (von Jürgen Riedel)

hätte den Unfriedensnobelpreis
Obama verdient
hinter seiner Maske
aus warmer Zivilisiertheit
Grimasse des Kalten Kriegers
im starren Blick sein Ziel
Weltmacht Nr. 1 zu bleiben
verlegte er panzerbedrohlich Truppen
Richtung Westgrenze Russlands

Fakt (von Jürgen Riedel)

Fake News schlimm
wie von Lüge
oft geleitete Leitmedien
Bundespolitik sei wirklich demokratisch

Sprachliches Malheur
(von Jürgen Riedel)

Fernsehnachrichten
maliziös gegen echte Demokratie
behaupteten sogsuggestiv
noch mehr deutsche Soldaten in Mali
würden für Frieden sorgen
krank wie maligne Geschwulst ist ein Denken
das Kriegshandwerk und Frieden
in einem Atemzug nennt

Aus dem Landtag in Schwerin

Gute Löhne für Gute Arbeit? Worte, nichts als Worte . . .

Zur Ablehnung des Antrags „Gute Arbeit und Gute Löhne gegen den Fachkräftemangel“ erklärt der arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Helmut Holter:

„Trotz Lohnsteigerungen in den letzten Jahren steckt M-V nach wie vor im Lohnkeller fest. Überall in Deutschland wird mehr bezahlt als bei uns im Land. Die Beschäftigten haben im Jahr rund 10 000 Euro weniger in der Lohntüte. Zehn Jahre lang haben SPD und CDU an die Unternehmen appelliert, doch gute Löhne zu zahlen, haben gehofft, dass der Markt alles regeln wird. Diese Strategie ist komplett in die Hose gegangen.

Es ist an der Zeit, dass den warmen Worten auch kraftvolle Taten folgen. Denn gute Löhne und vernünftige Arbeitsbedingungen sind das A und O im Wettstreit um Fachkräfte. Das liegt doch auch im Interesse der Unternehmen. Mit unserem Antrag geben wir das Ziel aus, die Zahl der tarifgebundenen Unternehmen deutlich zu steigern, von jetzt 23 Prozent auf 40 Prozent im Jahr 2020, fünf Jahre später soll die Mehrheit der Unternehmen tarifgebunden sein. Dazu muss als Startschuss ein Pakt zwischen den Unternehmen, den Gewerkschaften und der Politik geschmiedet werden, in dem man sich diesen Zielen verschreibt und einen detaillierten Fahrplan festlegt. Die Zahlung von Tariflöhnen muss zum Eckpfeiler der gesamten Förderpolitik des Landes werden. Ab 2020 muss das Prinzip dann lauten, dass nur noch Unternehmen förderfähig sind, wenn sie tarifgebunden sind. Auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss die Tarifbindung eine Rolle spielen. Es kann doch nicht sein, dass der Staat Aufträge an Unternehmen vergibt, die weder tarifgebunden sind noch einen armutsfesten Lohn zahlen. Dieses armutsfördernde System muss rigoros geändert werden. Deshalb sollen öffentliche Aufträge nur nach an Unternehmen gegeben werden, die einen allgemein anerkannten Tariflohn oder einen armutsfesten Stundenlohn von mindestens 11,68 Euro zahlen.

Sowohl SPD, als auch CDU haben erklärt, dass sie sich für gute Löhne und Arbeitsbedingungen einsetzen. Leider gelten bei SPD und CDU nicht Taten, sondern nur Worte, nichts als Worte.“

Hier muss auch die Landesregierung Druck machen, sonst bleibt die Mietpreisbremse ein Tropfen auf den heißen Stein“, erklärte die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Eva-Maria Kröger.

„Endlich kommt die Landesregierung aus dem Knick“, so Kröger. „Alle Initiativen der Linksfraktion seit 2012, Mieterhöhungen zu begrenzen und bezahlbare Mieten dauerhaft zu sichern, wurden abgelehnt.“ Die Landesregierung hätte längst handeln können, stattdessen habe sie Rostock und Greifswald immer wieder hingehalten und drangsaliert, noch mehr Daten zu liefern, welche die Wohnungsknappheit belegen und eine Mietpreisbremse begründen sollten.

Neben einer effektiven Mietpreisbremse sei es dringend erforderlich, das Angebot an bezahlbarem Wohnraum zu erweitern. „Die Landesregierung muss endlich die Richtlinie für den sozialen Wohnungsbau so verändern, dass die Förderung von den Wohnungsunternehmen auch angenommen wird. Bisher ist die Richtlinie noch nicht einmal in Kraft getreten. 2017 wird wie 2016 wohl keine einzige Sozialwohnung gebaut werden“, so Kröger.

**Mehr Lohn! Mehr Rente!
Armut bekämpfen!**
DIE LINKE.



Mietpreisbremse in M-V nicht weiter verzögern und Bremskraft erhöhen

Die Linksfraktion unterstützt den Antrag von SPD und CDU „Wohnen muss bezahlbar bleiben – Mietpreisbremse in M-V einführen“, wohl wissend, dass die Mietpreisbremse in anderen Ländern kaum wirkt.

Für Frieden! Gegen Terror, Krieg und Waffenexporte

Mahnwache vor dem Schweriner Schloss

Vor dem Hintergrund des schwersten islamistischen Anschlages auf deutschem Boden ist Trauerarbeit angesagt. Und vor dem Hintergrund des schwersten terroristischen Anschlages seit dem Münchener Oktoberfestattentat ist auch Innenhalten statt politischer Reflexhandlung gefragt. Und selbstverständlich sind hier nach Maßnahmen zu prüfen, die gegebenenfalls weitere Sicherheit schaffen und nicht allein Sicherheit simulieren. DIE LINKE verweigert sich notwendigen Diskussionen nicht. Sicherheit und Ordnung haben für uns einen Stellenwert wie Freiheit und soziale



Neben M-V gilt die Mietpreisbremse lediglich in Sachsen, Sachsen-Anhalt und dem Saarland nicht.

„Jetzt kommt es darauf an, die Blockade von Seiten der CDU/CSU zu lösen und auf Bundesebene eine Mietpreisbremse mit voller Bremskraft auf den Weg zu bringen.

Gerechtigkeit.

Ja, es gibt Lücken in der Anwendung bereits existierender Gesetze, die umgehend geschlossen werden müssen. Dazu gehört auch die Diskussion über Videoüberwachung und Datenschutz. Wir fordern:

- die Bekämpfung der Fluchtursachen
- eine ehrliche Definition sicherer Herkunftsstaaten
- einen Neustart der innereuropäischen Kooperation
- die Schaffung eines Einwanderungs- bzw. Zuwanderungsgesetzes

Unterschriften übergeben – Schulsozialarbeit dauerhaft sichern

Simone Oldenburg und Jacqueline Bernhardt haben gemeinsam mit Vertretern u.a. des Landesfachverbandes Schulsozialarbeit die gesammelten Unterschriften zur dauerhaften Sicherstellung der Schulsozialarbeit in M-V übergeben.

Wir unterstützen damit weiter ausdrücklich die Forderung der Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulsozialarbeiter, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern, die Schulsozialarbeit finanziell auskömmlich auszustatten und mit einem tragfähigen Konzept dauerhaft im Land zu sichern. Bereits auf der Demonstration vor dem Landtag im Dezember haben wir diese Anliegen Seite an Seite mit den Praktikerinnen und Praktikern laut und deutlich vorgebracht. Die Hunderten Unterschriften belegen einmal mehr, wie zwin-



gend es ist, diese wichtige Arbeit endlich dauerhaft zu sichern. Unser entsprechender Antrag Ende 2016 wurde von den Koalitionsfraktionen abgelehnt. Stattdessen betreibt die Landesregierung weiter Flickschusterei, die weder die Schulsozialarbeit stärkt, noch den Menschen eine verlässliche Perspektive bietet.

Arbeitsplatzunsicherheit und häufiger Personalwechsel sind nicht geeignet, Kindern und Jugendlichen verlässliche Hilfen zu geben. Da die Landesregierung bislang nichts unternommen hat, die Situation zu verbessern, werden wir weiter darauf drängen, dass das Land seiner Verantwortung gerecht werden muss. Es ist höchste Zeit für ein taugliches Konzept zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit, inklusive einer gesetzlichen Verankerung der Schulsozialarbeit. Ein solches Konzept muss die Frage der Finanzierung klären und benennen, wie Schulsozialarbeit als Landes-

aufgabe dauerhaft und flächendeckend gewährleistet werden kann. Zudem sind Standards einzuführen, wie z. B. die Anzahl der zu betreuenden Schülerinnen und Schüler je Stelle festgelegt werden kann.

Irrfahrt in der Schülerbeförderung beenden

Linksfraktion unterstützt die Volksinitiative „Kostenfreie Schülerbeförderung für alle Schüler von Klasse 1 – 13 und Auszubildenden in M-V.“ Dazu erklärt die bildungspolitische Sprecherin und Fraktionsvorsitzende Simone Oldenburg:

„Meine Fraktion fordert seit Jahren eine kostenlose Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und Schüler und Auszubildende. Die bisher geltenden Regelungen schaffen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, sorgen für Verwirrung bei Schülerinnen und Schülern, Eltern und Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker.

Die Busse fahren doch. Alle Kinder stehen an derselben Haltestelle, um an dieselbe Schule zu fahren. Die Einen dürfen kostenlos mitfahren, bei den Anderen werden die Eltern zur Kasse gebeten. Um diese Ungleichbehandlung zu beenden, muss das Land ein kostenloses Schülerticket finanzieren.

Aus diesem Grund unterstützen wir die vom Kreiselternrat Vorpommern-Greifswald (KER) initiierte Volksinitiative zur Schülerbeförderung.“

Quelle: www.linksfraktionmv.de

Aus dem Rostocker Kreisvorstand

Informationen zur Sitzung des Kreisvorstandes DIE LINKE. Rostock vom 26.1.2017

Eva informierte den Kreisvorstand über den Ausschluss Nailia Ritters aus der Bürgerschaftsfraktion. Die Vermischung von privaten Rechtsstreitigkeiten und politischem Mandat haben dem Ansehen der Rostocker LINKEN geschadet. Die Fraktion hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, es war jedoch auch über den Jahreswechsel kein Beitrag der Genn. Ritter zur Lösung der entstandenen Probleme zu erkennen, so dass der Ausschluss aus der Fraktion und die Abwahl aus allen Gremien alternativlos blieben.

Der Kreisvorstand zog ein positives Fazit der Gesamtmitgliederversammlung vom 13.1. Das sehr gute Wahlergebnis von Dietmar Bartsch zeugt von einer breiten Unterstützung für seine Kandidatur im Wahlkreis. Erfreulich war auch die hohe Teilnehmerzahl, trotz der widrigen Witterungsverhältnisse.

Die anschließende Regionalkonferenz zur Diskussion über die künftige Arbeit des Landesverbandes wurde im Kreisvorstand

unterschiedlich bewertet. Es gab weniger Diskussionsbeiträge als erhofft, die aber einen substanziellen Beitrag zur Debatte darstellten. Leider ist das Interesse an den vertiefenden Diskussionsveranstaltungen eher gering, so dass zwei Termine abgesagt werden mussten. Im März-KLARTEXT wird es kurze Berichte zu den Veranstaltungen geben.

Der Kreisvorstand wertete abschließend die Veranstaltungen zum Bundestagswahlprogramm aus. Wir bedanken uns für die rege Beteiligung der Basis. Wir haben die Ergebnisse zusammengefasst und an den Parteivorstand weitergeleitet. Erwartungsgemäß standen die Themen Frieden und soziale Gerechtigkeit im Vordergrund. Einen zusammenfassenden Bericht gibt es im März-KLARTEXT. Der Parteivorstand wird Anfang April den endgültigen Entwurf des Wahlprogramms vorstellen. Wir wollen im April über Änderungsanträge zum Bundesparteitag beraten und hierzu voraussichtlich Veranstaltungen zu bestimmten Themenkomplexen anbieten.

Der Kreisvorstand entsendet per Beschluss Eva-Maria Kröger und Andreas Reinke in das gemeinsame Wahlteam mit

dem KV Landkreis Rostock.

Die Neumitglieder Christopher und Thomas stellten ein Papier vor, in dem sie eigene Gedanken über eine verbesserte Neumitgliederbetreuung im Kreisverband sammeln. Vor allem für Neumitglieder mittleren Alters gibt es bislang zu wenig Möglichkeiten, sich in die Parteiarbeit einzubringen. Ihnen wollen wir mehr Angebote für projektorientierte Arbeit machen. So ist derzeit eine Arbeitsgruppe zum Gedenken an die Ereignisse in Lichtenhagen 1992 im Entstehen (siehe Termine).

Christian berichtete über eine Veranstaltung des Jugendverbandes an der Uni Rostock. An der Vorführung des Films „Sterne“ (1958) nahmen über 70 junge Leute teil. Es soll daher weitere Veranstaltungen dieser Art geben. Im März läuft übrigens in Rostock der Film „Der junge Karl Marx“ an, zu dem wir mobilisieren wollen.

Die nächste Sitzung des Kreisvorstandes findet am 23.2. um **18:30 Uhr** statt.

i.A. Carsten Penzlin, Co-Kreisvorsitzender

Furchtlos und mit den Menschen sein

Rede von Katja Kipping zum Neujahr-sauftakt der europäischen Linken 2017 in Berlin

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, verehrte Gäste,

„Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren. Solch eine Zeit der Zwischenherrschaft birgt viele Gefahren und ist die Zeit der Monster.“ Zeit der Monster - so beschrieb der italienische Marxist Antonio Gramsci die Epoche, die mit dem ersten Weltkrieg und der Ermordung von Karl und Rosa begann. Dieses Zitat wirkt heute erschreckend aktuell.

Wir leben in aufwühlenden Zeiten und stehen vor Fragen, auf die wir gemeinsam Antworten finden müssen. Dazu gehört die Frage: Wie umgehen mit dem Rechtspopulismus? Das ist für uns keine abstrakte Frage, sondern stellt sich für die Mitglieder praktisch an fast jedem Infostand. Bisher haben wir uns in demokratischen Prozessen auf folgendes verständigt:

1. Schauen wir uns genau die Ursachen des Rechtspopulismus an. Denn die neuen Rechten sind nicht vom Himmel gefallen. Der Neoliberalismus hat ihnen vielmehr den Boden bereitet. Im Schatten von Konkurrenzdruck und sozialer Verunsicherung wachsen Hass, Angst und Hoffnungslosigkeit. Das ist zwar keine Entschuldigung dafür zum Rassisten

zu werden, aber wir müssen darum wissen, wenn wir die Ursachen nachhaltig bekämpfen wollen. Deshalb gehören für uns der Kampf gegen Rechtspopulismus und der Kampf gegen soziale Verunsicherung eng zusammen.

2. Wir stärken das Lager der Solidarität, wir sind Teil der vielen Solidaritätsinitiativen.

3. Sprechen wir, z.B. durch unsere Haustürbesuche, diejeni-

gen an, die materiell nicht auf der Sonnenseite leben, die das Gefühl haben nicht zu zählen. Mit ihnen wollen wir gemeinsam für bezahlbares Wohnen, für gute Rente oder soziale Garantien kämpfen! Nehmen wir ihre Wut und ihre Hoffnungslosigkeit ernst! Nehmen wir ihre Angst um die Zukunft ihrer Kinder, ja sogar die Angst vor den Anderen, als Auftrag an, wieder Mut und Hoffnung zu machen. Denken wir an den großen Satz von Hölderlin: „Wo aber Gefahr ist, wächst / Das Rettende auch“. Bieten wir also einen Ausweg aus der großen Tragödie dieser Tage, führen wir die

Interessen der Menschen zusammen und polarisieren wir sie nach links.

4. Setzen wir auf eine soziale Offensive für alle. Und das ist kein Kampf der schönen Worte. Um diese Offensive zu finanzieren, sind wir bereit uns mit Superreichen und



Konzernen anzulegen. Das wollen viele in diesem Land. Und das ist gut so!

5. Sind wir ein verlässliches Bollwerk gegen Nationalismus und Rassismus und zeigen Haltung auch dann, wenn es Gegenwind gibt. Auch das wollen sehr viele in diesem Land. Und das ist gut so!

Diese unsere Grundsätze habe nicht nur

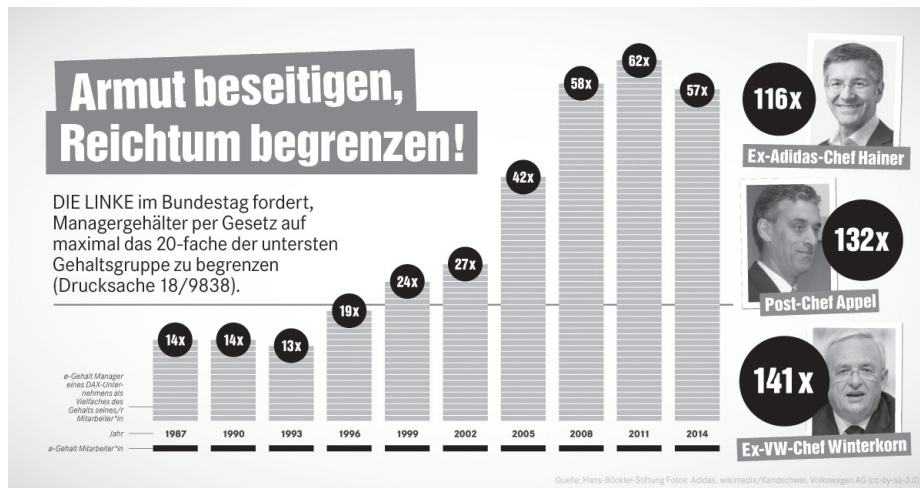
reden, ich habe da eine andere Überzeugung. Aber glauben sie wirklich, dass ohne Flüchtlinge ihre Miete sinken oder ihre Rente deutlich steigen würde?“ Und in dem Moment bemerkte ich eine Veränderung und wir kamen ernsthaft ins Gespräch. Beide erzählten mir, dass sie an einem Tag zwei Briefe bekommen hatten. In dem einen ging es um die Rentenerhöhung und in dem anderen um die Mieterhöhung. Und die Mieterhöhung fiel deutlich höher aus. Wir sprachen dann über Mietspekulationen und was dagegen zu tun ist. Am Ende wünschten sie uns alles Gute. So kann ein Perspektivwechsel beginnen.

Es geht darum, den Menschen auf Augenhöhe zu begegnen. Sie ernst nehmen, aber ihnen nicht immer nach dem Mund reden. Gehen wir also in dieses Handgemenge und befördern den Perspektivwechsel - weg von einer Sündenbockpolitik! Dazu müssen wir uns auch mit dem Zeitgeist anlegen. Doch damit knüpfen wir an einer großen linken Tradition an.

Erinnert Ihr Euch, als nach 1989 das angebliche Ende der Geschichte ausgerufen wurde, da haben wir uns trotzdem für den demokratischen Sozialismus ausgesprochen. Inzwischen schwant so einigen, dass der Kapitalismus doch nicht das Ende der Geschichte ist. Und erinnert Ihr Euch, als DIE LINKE vor rund 10 Jahren neu gegründet wurde, da war der Zeitgeist trunken von neoliberalen Deutungsmustern. Privatisierungen galten als Allheilmittel. Wir haben damals dem Zeitgeist erfolgreich die Stirn geboten.

Heute nun ist der Zeitgeist vom Rechtspopulismus beeinflusst. Und wieder ist es unsere Aufgabe, diesem chauvinistischen Trend der Missgunst, der Häme und Menschenfeindlichkeit die Stirn zu bieten. Denn wir als

Linke stehen zusammen für alle Menschen ein, egal woher sie kommen! Viele unsere Genossinnen und Genossen tun dies und werden dafür auf Heftigste angegriffen. Und stellvertretend für die vielen möchte ich hier aus aktuellem Anlass eine nennen: Özlem Demirel. Özlem ist Landessprecherin und Spitzenkandidatin in NRW. Zu Jahresbeginn hat sie racial profiling, also eine rassistische Praxis kritisiert. Daraufhin brach über ihr ein wahrer Shitstorm herein, der gezielt von den Rechten befeuert wurde. Lasst uns heute hier das klare Signal senden, Özlem, Du kannst Dir unserer



ich immer wieder dem Praxistest unterzogen - bei Haustürbesuchen und öffentlichen Sprechstunden. Eine Begegnung, die bezeichnend für viele war, möchte ich hier wiedergeben:

Ende 2016 waren wir mit der Kampagne „Das muss drin sein“ unterwegs, um für bezahlbares Wohnen Druck zu machen. Als ich ein älteres Paar anspreche, stutzt der Mann einen Moment und sagt dann: Mit Euch will ich nichts mehr zu tun haben, ihr seid ja für die Flüchtlinge. Ich habe darauf wie folgt reagiert: „Wissen Sie, ich werde Ihnen jetzt nicht nach dem Mund

Solidarität gewiss sein! Und wir streiten gemeinsam mit Euch für ein tolles Ergebnis zu den Landtagswahlen in diesem Jahr in NRW, ebenso wie im Saarland und in Schleswig-Holstein!

Machen wir uns nichts vor, die Angriffe auf Özlem fielen auch deshalb so heftig aus, weil ihr Nachname nicht Müller oder Meier lautet. Für uns ist es aber eine Selbstverständlichkeit, dass diese Partei und diese Gesellschaft von Menschen mitgeprägt werden, die einen migrantischen Hintergrund haben. Das gehört zu einer solidarisches Einwanderungsgesellschaft einfach dazu!

Liebe Genossinnen und Genossen, gestern haben Bernd Riexinger und ich zusammen mit Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch den Entwurf des Wahlprogramms vorgestellt.

Dieses trägt den Titel: „Die Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Für alle!“ Wir sind überzeugt, sowohl ein neoliberales Weiter so, also das Verwalten der Probleme, als auch eine weitere Rechtsverschiebung müssen verhindert werden. Kurzum es braucht eine wirkliche Alternative. Dafür stehen wir. Natürlich kämpfen wir um jede Verbesserung im Alltag der Menschen. Wir wissen aber auch, kosmetische Korrekturen reichen nicht, es braucht einen grundlegenden Bruch mit dem Bestehenden. Diesen Bruch verbinden wir mit einem Aufbruch für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt!

Wir streiten für Frieden und für eine Gesellschaft, in der das Öffentliche gestärkt, die Mitte deutlich besser gestellt ist, alle frei von Armut sind, also keiner unter 1050 Euro im Monat fällt und alle frei von Angst

anders sein können.

Um das durchzusetzen sind wir bereit, uns mit Konzernen, Mietspekulanten, der Rüstungslobby und Superreichen anzulegen. Ja unser Programm ist eine Kampfansage an Konzerne und Superreiche!

Liebe Genossinnen und Genossen, gerade in Zeiten wie diesen braucht es eine kämpferische LINKE. Lasst uns die Aufgaben dieses Jahres gemeinsam in Angriff nehmen. Es wird für uns ein spannendes Jahr! Und nehmen wir uns den Rat von Karl Liebknecht zu Herzen, der sagte: „Die Furcht ist der schlechteste Ratgeber“. Seien wir also furchtlos und mutig, sorgen wir gemeinsam dafür, dass wir nicht nur kämpfen, sondern dass wir zusammen erfolgreich sind.

Kein Verbot der NPD: Ein verheerendes Urteil

Verfassungsfeindlich, aber staatlich finanziert. Die NPD muss weiterhin ertragen werden.

Die NPD kann nicht verboten werden, da sie nicht erfolgreich genug ist.

Wenn sie erfolgreich genug ist, kann sie nicht mehr verboten werden. Die Quadrate des Kreises. Am 17. Januar 2017 wurde dieses Urteil durch das Bundesverfassungsgericht gesprochen.

MDL Karen Larisch ist eine der Wenigen, die den Gutachtern des Gerichtes persönlich Informationen gab. Karen stellte uns **Ausschnitte aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes** zur Verfügung.

199(7)

„Eine fortlaufende Bedrohungslage habe sich seit 2013 für eine Stadtvertreterin und gleichzeitiges Kreistagsmitglied der Partei DIE LINKE in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern) entwickelt, die Leiterin einer soziokulturellen Begegnungsstätte sei und sich engagiert gegen Rechtsextremismus einsetze.“

200

„Aussagekräftig für die Einschüchterungstaktik sei ein Vorfall, bei dem sie mit Reportern des Magazins ‚Stern‘ in einem Lokal in Güstrow gesprochen und der Funktionär der Antragsgegnerin M. sie von außen entdeckt habe. Nachdem sie M. und dessen – offenbar herbeigerufene- Gruppe weggeschickt hatte, habe ihre 15-jährige Tochter angerufen und von Nazis vor dem Haus der Familie berichtet. Als die Polizei gekommen sei, sei die Tür zu dem Mehrfamilienhaus aufgebrochen gewesen, die Täter seien geflüchtet und auf den Briefkästen hätten Nazi-Aufkleber geklebt.

Weiterhin berichtete die Stadtvertreterin von regelmäßigen Sachbeschädigungen.

Drohbriefe, persönliche Ansprachen, Verleumdungskampagnen und Verfolgung- vor allem auch im Internet – sowie Präsenz von Rechtsextremisten vor ihrer Wohnung. Auf der rechtsextremistischen Internetseite ‚Der Staatsstreich‘ werde sie als ‚Güstrower Asyl-Mutti‘ bezeichnet. Auch auf der Facebook-Seite der rechtsextremistischen Initiative ‚Güstrow wehrt sich gegen Asylmissbrauch‘ sei herablassend über sie berichtet worden. Die örtliche Polizei habe aufgrund der Bedrohungslage eine Schutzmaßnahme angeordnet.“

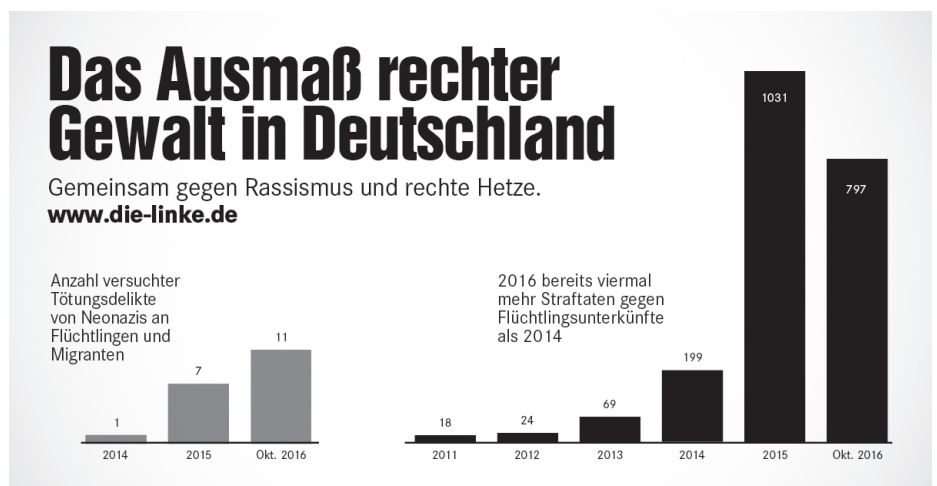
1007 (b)

„Letztlich kann der Ablauf dieser Einzelbeispiele dahinstehen, da die beschriebenen Sachverhalte insgesamt nicht ausreichen, um festzustellen, dass die Antragsgegnerin ihre verfassungsfeindlichen Absichten planvoll durch den Aufbau von Drohkulisen und die Schaffung einer Atmosphäre der Angst durchzusetzen versucht. Ebenso wie die begangenen Straftaten stellt sich das Vorgehen einzelner Mitglieder der Antragsgegnerin gegen die Leiterin der

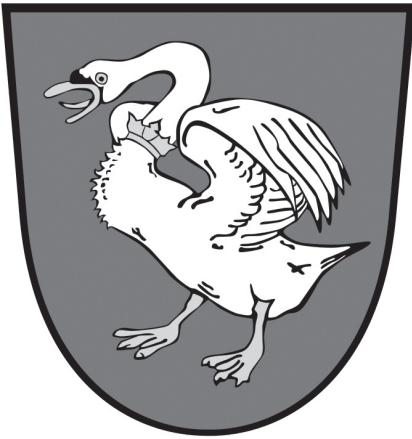
multikulturellen Begegnungsstätte in Güstrow und gegen den Bürgermeister von Laldorf als Einzelfallgeschehen dar, das nicht zu Lasten der Antragsgegnerin verallgemeinert werden kann. Dies gilt auch für die Hinweise zum Vorgehen des Ordnungsdienstes der Antragsgegnerin. Die Anordnung eines Parteiverbotes rechtfertigen die beschriebenen Sachverhalte noch nicht. Ihre Anzahl und Qualität genügen nicht, um davon ausgehen zu können, dass eine Grundtendenz der Antragsgegnerin besteht, ihre verfassungsfeindlichen Absichten durch die Schaffung einer Atmosphäre der Angst durchzusetzen.“

Beim Lesen dieser wenigen Fakten allein aus dem Raum Güstrow und Umgebung stellte sich bei mir die Frage, was muss denn noch geschehen, damit die zuständigen Stellen endlich wirksam und nachhaltig reagieren???

Peter Hörnig



Schwaan un Bützow an de Warnow - Teil 1: Schwaan



Minschen reisen giern, üm anner Länder, de ehre Natur un Geschichte sowie Läbensgewohnheiten kennentauiern. Dor is mank einer reisesüchtig un jiepert dorhen taukamen, wo anner ut sienen Bekanntenkreis noch nich wiern.

Denn kann hei angäwen un fragen:

Wat bedühd schon Dresden, Rom, Paris orer Moskau gegen New York, Las Vegas, Rio oder Tokio? Wat is Mallorca, gegen Mauritius oder Hawaii?#

Dor truch ick mi doch gor nich ierst tau fragen, wi gaud hei uns Meckelnborger Land kennt. Dor stellt sik moeglicherwies noch rut, dat de „Weltreisende“ kein Ahnung hett, wie schön dat bi em to Hus is, wat för herrliche, geschichtsträchtige Landschaften un Urte dat hier giff. Em ward dat noch eines Dachs leed dauhn, nich de välen Moeglichkeiten nutzt tau hemm, de sik uns ok tau ´n Faut-, Rad-, un Warerwandern beiden, üm dat Heimatland neger kennen tau liern. Ick heff hier all ´n paar interessante Urte un Gegend vörstellt, tau letzt ut unsen Landkreis Rostock: *Bad Döberan un Güstrow*.

Hüt nu sünd Schwaan un Bützow an de Reig, de ein beachtlich Stück von uns Mekelnborgsche Geschichte mitschräwen hem. De Urgeschicht von Schwaan un Bützow führt uns tröch, tau historische Eriegenisse. Hier sünd Spuren von de iersten Siedlungen noch tau finnen, de ut de Steintied stam´ un bi 5000 Jahr old sünd. De Jäger un Sammler un de ehr folgenden Minschen von de Bronze- un Isentied hinnerlöten uns ehre Erinnerung mit Hügelgräwer, Hünengräwer un anner Steinsetzungen.

Besonnere Rätsel gäben uns Steinkreise up, de hier ut Granitfindlinge, bit twei Meter hoch sin kön´n un in glieken Awstand taueinander Kreise bilden.

De gröttste un schönste Schatz von disse Ort in uns Land, is de „**Boitiner Steindanz**“ mit siene vier Kreise, in de Neech von

Bützow.



Oewer de Bedühdung von disse urtiedliche Architektur ward all – sowiet bekannt – fast 300 Jahr rätselt. Villicht find dat noch einer rut?

Ein legendäre Geschichte giff dat dortau all:

Ein Hochtiedsgesellschaft kihrt na ein grotes Fest von Tarnow nah Boitin trüch. Se harn rieklich äten un tau ehre Verdauung drunken. Se wiern nu tämlich lustig up ehrn Nahuswech. Mit Wien un noch wat tau äten har de Reisgesellschaft sik ok noch gaud versorgt. Utgelaten treckten se dörch dat Holt na Hus. Ein paar Burschen, de all tämlich duhn wiern, fügen an, mit Käs un Brot tau kägeln, annere faten sik an de Händ un danzten üm de kägeln den Frün rüm. Dor kehmt plötzlich ein oll Mann ut de Büsch un warnte de mit de Nohrung so rümasenden Burschen. He deed dat lut un instännig, wü oewer utlacht un verhöhnt. Blos ein Scheper, denn de Warnung det tolln Manns in´t Hart drüng, besünn sik. He reep sienen Hund un verlöt denn Urte. De oll Mann geef em noch denn Rat, sik nich ümtauseihn. Mit Mal verfierte sik de Scheper von einen luden Dünnerschlag. Dor wier de Hochtiedsgesellschaft tau Stein verwannelt.#

Von uns sagenhafte Urtied, nu ierst noch bäten oewer Schwaan, un swors so, as ick dat in ein Zeitung von 1936 läst heff:

Wi folgen dat leiwliche Tal von de Warnow, üm dat fründliche, 4000 Inwahrer tellende Landstädtchen Schwaan tau besäuken. De Stadt is inbett in de Wischenederungen von de Warnow, de an beide Sieden von bewaldete Höhen begleit ward. Wenn wi von ´n Bahnhof utgahn, kamen wi dörch de Vörstadt oewer de Warnow tau ´n Middelpunkt von dat Städtchen mit ehre Teigelkark ut denn 13. Jöhrhunnert, un denn wierer dörch de Moehlenvörstadt tau ´n Lindenbrauk, wo uns dat truliche Mischholt tau ´n Spaziergäng inladt. Schwaan is oewerhaupt üterst anmaudig un ward dorüm as Sommerfrisch un Utflugsurt giern upsöcht.

Oewer ok de Geschichtsfrün kamen in

Schwaan tau ehr Recht. Na ein kort Bahnfort tau de Station Mistorf von de Streck Güstrow–Rostock geiht dat dörch ein luschiget Holt, in dreiviertel Stun, tau de **Burg Werle**. Up ehr hett einst **Niklot**, de letzte Wendenfürst det Obotriten-Stamms säten. Ein Gedenkstein erinnert daran, dat de wehrhafte Mann hier 1160 im Kamp gegen **Hertoch Heinrich de Löw** denn Helldot funnen hett.

Mit denn Dot von *Niklot* wü de Wech frie tau de Kolonisierung un Christianisierung det Slawenlands von de Elbe bit tau de Peene.

As **Niklots Soehn Pribislaw** ein paar Jöhr später tau ´n Christentum wesselte, künn he de ierste „Herr von uns Land“, d.h. **Herzog von Mecklenburg** warn.

De Burg Werle is nur noch schwer tau erkenn´ un wü ierst in 19. Jöhrhunnert werer endeckt. De olle Wall is noch vörhan´. He hett ne Höch von 3 bit 5 Metern un man hett von dor einen schönen Utblick up de Warnow, de sik hier in einen Knick üm de olle Burg windt. Dor giff dat ok noch einen groten Findling mit de inmeiBelte Schrift „Burg Werle“.



Schwaan 1936

In Schwaan kön´n ok de Warersportler, sich nich beklagen: Angeln, Schwemm- un Rudersport können hier plägt warn. Wer oewer kennt nich denn Ruhm, denn Schwaan dörch sienen vörtrefflichen Spar-

gel utstrahlt? He hett denn Namen von uns in ehre trulich Stille so leiwenswürdig Stadt wiet oewer de Grenzen Meckelnborgs rutdragen. Ji weit dat doch, dat nirgendwo dat echte Bayrische Bier so gaud schmeckt as in München sülvst un dat de Königsberger Fleck bispillswies am besten in Königsberg munden deiht. Kahmt einmal tau Spargeltied nah Schwaan un makt dor ein rieklische Kostprow! Ji wardt bestimmt taufräden sin, vör

allein, wenn ji juch ein deftig Stück echten *Meckelnbörger Landschinken* dortau updrängen lat. #
Soväl von denn Schriewer von 1936 oewer Schwaan un Ümgäbung, de väle Rostocker ok hüt noch as Erhalungsgebiet schätzen un dor up ehr Wochenendgrundstück glücklich sünd.
Un ok nich blos wägen Spargel hett de Stadt traditionelles Anseihn, ok wägen ehr Fischwark, wat se mit exzellente Produkte

oewer de Grenzen bekannt makt hett.

Kurt Kaiser

Literaturquellen:

1. Illustrierte Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns von Wolf Karge;
2. pers. Archiv;
3. Schwaan & Bützow: www.google.de

Rotfeder und das NPD-Verbot

Es ist viel passiert zwischen Ostsee und Bodensee, seitdem ich das letzte mal meinen roten schuppigen Kopf aus dem Wasser gehoben habe, mich umgesehen habe und für euer Blättchen eine Sprechblase aufsteigen ließ. Inzwischen ist viel passiert – bei euch und auch auf der anderen Seite des großen Teichs.

Die verfassungsfeindliche NPD ist nicht verboten worden – sie sei zu unbedeutend dafür. Die Rechtsradikalen werden wieder einmal geschont. Es gab kein Verbot der NPD, weil das Gericht nicht genügend Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele sah.

Die KPD dagegen wurde 1956 verboten. Seit dem sogenannten Radikalenerlass von 1972 wurde der Begriff „Berufsverbot“ aus dem Deutschen unübersetzt in andere Sprachen übernommen wie auch vorher schon beispielsweise „Kindergarten“ oder

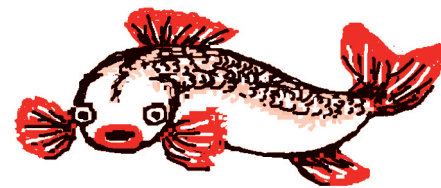
„kaputt“. 2014 wurde andererseits eine kleine Anfrage der Partei DIE LINKE zur Wiederaufhebung des KPD-Verbots von der Regierung abgelehnt. Linke werden nicht geschont.

Seitdem rollt ein Tsunami der Intoleranz über uns hinweg. Die AfD erreicht bei Wahlen ärgerlich hohe Stimmzahlen. In vielen europäischen Ländern ist ein Rechtsruck vollzogen worden. Demokratiedefizite in der Europäischen Union haben zum Brexit geführt. In den USA ist ein kulturloser Folterfreund, der den Geruch von Büchern hasst, Präsident geworden und löscht nach Gutsherrenart mit wenigen Federstrichen aus, was vorher in Jahren mühsam errungen war. Fakten scheinen ihre Bedeutung zu verlieren an die Beliebigkeit. Nun allerdings hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil zur NPD auch klare Stellung zum Verbot der KPD bezogen und die beiden Fälle miteinander verglichen.

Schon allein deshalb muss nun das Verbot der KPD überprüft werden. Jetzt gibt es keine Ausrede mehr. Die Verfolgung der Kommunisten in der damaligen Zeit muss aufgearbeitet werden und über Entschädigungen noch lebender Opfer sollte entschieden werden.

Wer aus der Vergangenheit gelernt hat weiß, dass Nationalismus und Abschottung am Ende dem eigenen Volk schadet. Es gilt Brücken zu bauen und keine Mauern.

Das meint eure Rotfeder



„Freispruch“ wegen Bedeutungslosigkeit

Mit Bedauern reagieren die Kreisvorsitzenden der Rostocker LINKEN, Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin, auf das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens in Karlsruhe: „Leider kann die NPD ihre Arbeit weiterhin mit Steuergeldern finanzieren und in den kommunalen Vertretungen gegen Demokraten und Minderheiten hetzen“, kritisiert Eva-Maria Kröger. „Wir hätten uns ein klares Signal gegen die Feinde der Demokratie gewünscht“, ergänzt Carsten Penzlin. „Der Rechtsstaat hat sich in der Vergangenheit zu oft nachsichtig gezeigt und damit rechtsextreme Strukturen gewähren lassen. Dieses Versagen findet mit dem Karlsruher Urteil eine fatale Fortsetzung“, so Penzlin.

Die Rostocker LINKE wird in ihrem Engagement für eine weltoffene Gesellschaft nicht nachlassen. Deshalb lehnen wir die Angriffe auf die Islamische Gemeinde, wie sie jüngst auf der Ortsbeiratssitzung in Evershagen zu beobachten waren, auf das Schärfste ab. „Wir können auch nicht verstehen, dass die Rostocker CDU einen Zusammenhang zwischen Ge-

betsräumen und islamistischem Terror konstruiert“, so Kröger. DIE LINKE streitet für ein friedliches Miteinander der Religionen und Kulturen. „Respekt gegenüber unseren muslimischen Mitbürgern ist das beste Mittel gegen ihre Radikalisierung“, sagt Carsten Penzlin.

Heidrun Bluhm, Landesvorsitzende: „Jetzt kommt es darauf an, dass vor allem SPD



und CDU alle Möglichkeiten, die uns das Gesetz bietet, ausschöpfen, rechtsradikale Straftaten streng zu verfolgen und zu ahnden. Zudem müssen gesellschaftliche Aufklärung und politische Bildung dauerhaft und verlässlich organisiert und finanziert werden.

Alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgefordert, alles zu tun, damit sich rechtsextremistisches Gedankengut nicht weiter ausbreitet und zurückgedrängt wird.“

Simone Oldenburg, Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion: „Mit dem heutigen Richterspruch wurde eine Chance vertan, finanzielle und personelle Quellen des

Rechtsextremismus trocken zulegen. Unabhängig davon hat meine Fraktion immer betont, dass mit einem Verbot der NPD die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht beendet wäre. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sind auch außerhalb der NPD zu hören und zu spüren. Letztlich ist Urteil auch ein Signal für SPD und CDU, sich Veränderungen nicht zu verschließen, die die Demokratie in allen Bereichen – von Schule bis Ehrenamt – stärken. Denn eine starke Demokratie ist das wirksamste Mittel, rechtsextremistischen Parolen die Stirn zu bieten.“

Kuba 57 Jahre nach der siegreichen Revolution - Teil 8

Als die Sowjetunion 1991 unter Jelzin ihre Hilfe für Kuba einstellte und auch der Warenaustausch sich stark verringerte, waren die Auswirkungen für Kuba beträchtlich. Inzwischen hat Russland auf die Begleichung der Altschulden Kubas verzichtet und weitet seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Kuba aus. Das ist auch für manchen Kubaner vorteilhaft. Erstens sind die Flugreisen nach Moskau preisgünstig und außerdem kann man von dort 120 kg Gepäck mit nach Kuba bringen, während es von der EU aus nur 20 kg sind. So fliegt mancher Kubaner nur nach Moskau, um Waren, vorwiegend Kleidung zu kaufen, die er dann in Kuba weiter verkauft. Flüge in die Dominikanische Republik oder nach Ecuador sind für solche Einkaufsflüge ebenfalls beliebt.

Kubaner erhalten und erhalten, nicht verdienen und verdienen, damals wie heute etwa ein hundertstel bis ein fünfzigstel dessen, was beruflich Tätige und Rentner in Deutschland bekommen. Manchmal ist es noch weniger. Bei einem Staatshaushalt etwa von 50 Mia Euro 2016 kommen etwa 2,5 Mia Euro aus Überweisungen aus dem Ausland, vorwiegend von Kubanern in den USA. Auch wenn dieser Anteil weit geringer als in anderen süd- und mittelamerikanischen und den Staaten der Karibik ist, also nur 5 % im Vergleich zum Staatshaushalt, entsteht daraus ein unerwünschter politischer Einfluss.

Bei 5 Mio Beschäftigten und etwa 24 Euro monatlichem Durchschnittsverdienst, der Anteil der Rentner und die Rentenbeträge betragen nur jeweils etwa ein Drittel davon und können deshalb entfallen, gibt der Staat für Löhne und Gehälter weniger als 2 Mia Euro im Jahr aus. Da von den Auslandsüberweisungen nur etwa 30% der Kubaner direkt profitieren, bedeutet das, dass diese Kubaner aus dem Ausland ein Mehrfaches an Geld erhalten, als sie in Kuba verdienen. Der Staat sucht durch seine Preispolitik diesen erheblichen Anteil der Kaufkraft im Interesse der Bevölkerungsmehrheit abzuschöpfen. Da kann dann ein Glas Erdbeermarmelade so viel kosten wie die Monatsminderrente beträgt.

Bei einem offiziellen Arbeitseinkommen von inzwischen umgerechnet etwa 10 bis 40 Euro im Monat, also einem halben bis zwei Euro am Tag, und das ist noch großzügig gerechnet, erstaunt es, dass man kaum Kubaner sieht, die schlecht gekleidet sind. Jeweils drei Stücke an Unterwäsche, Hemd, Hose bzw. Rock, Bluse, T-Shirt und zwei Paar Schuhe reichen eben,

um im Straßenbild stets gut auszusehen. Das erste Stück wird getragen, das zweite ist in der Wäsche und das dritte hängt zum Trocknen auf der Leine. Schränke hat man nicht oder wenig. Der Kühlschrank ist wichtig, das Fernsehgerät und die Musikanlage, daneben inzwischen der Gaskocher, der elektrische Reiskocher (China) und eine Pfanne um Fleisch aber vor allem die Kochbananen (plátanos) zu schmoren. Süßkartoffeln (batatas) habe ich nur als Bestandteil von Suppen oder Beilagen als Gemüse kennengelernt. Sie werden aber auf jedem Bauernmarkt angeboten.

In Santiago sah ich das erste Mal in Kuba eine Ladenstraße von 1200 m Länge. In Havanna sah ich dann mehrere. Nur von Hotels und Gaststätten unterbrochen reiht sich eine Verkaufseinrichtung an die andere, aber es war kaum von außen zu erkennen, was es in den einzelnen Läden gab.

Außer Maismehl gab es kein Mehl zu kaufen. Es gibt aber neben mehreren Größen von Brot und Brötchen auch einiges an Konditoreiwaren, die man ständig im Stra-



ßenbild sieht, wenn Leute eine stark farbige und oft vielfarbige Zuckertorte mit nach Hause nehmen, die wegen fehlendem Verpackungsmaterial offen getragen wird und das Straßenbild bunter macht.

Anfangs war ich über den Preis erstaunt: 37 Pesos (CUP oder MN = moneda nacional = nationales Geld) und somit 1,50 CUC (konvertibler Peso) in Santiago und damit der kubanische Gegenwert für 1,40 Euro, was mir unglaublich wenig erschien. Doch wenn man weiß, dass mancher Kubaner im Monat nur 250 Pesos verdient, dann ist das der Verdienst von drei Arbeitstagen und ist selbst wenn man die Lebenshaltungskosten in Deutschland doppelt so hoch wie in Kuba veranschlagt bei dem 50-fachen Einkommen immerhin der Faktor 25 mit dem man jeden Preis in Kuba multiplizieren muss, um die Konsumtionskosten in Kuba mit unseren halbwegs vergleichbar zu machen. Auch an Konditor-Gebäck ist kein Mangel, doch wenn diese auch nur ein Sechstel dessen kosten wie bei uns, so bedeutet das für Kubaner bezogen auf ihr Einkommen, das Vierfache wie bei uns. Doch viele Kubaner leisten sich das trotz-

dem. Zu Geburtstagen und Festen ist das fast Pflicht. Neben Hochzeiten wird der erste Geburtstag der Kinder, die Einschulung und der 15. Geburtstag bei Mädchen für uns ungewöhnlich aufwändig gefeiert.

Bezogen auf das Einkommen kostet ein Brötchen nicht 1, 2 oder 3 Pesos, sondern 1, 2 oder 3 Euro, ein Ei nicht 1,1 Pesos sondern 1,10 Euro, ein belegtes Brötchen nicht 5 oder 10 Pesos sondern 5 Euro oder 10 Euro und ein 500 g Brot 6 Pesos, also 6 Euro. Die Brötchen sind in Kuba weicher und wasserhaltiger als bei uns. Das Brot dagegen, das stets aus Weizen gebacken wird, hat eine kräftige Kruste und wird gern in der Mikrowelle, soweit man eine hat, zu Zwieback verarbeitet. So kann man einen etwas anderen Geschmack und damit etwas Abwechslung erzeugen. Kubaner kennen kein Frühstück wie wir. Sie braten morgens zwei Eier in etwas Öl und essen das Brot ohne Aufstrich dazu. Dazu trinken sie Wasser oder Säfte (jugos). Kaffee gibt es nur in Moccataßchen. Normale Tassen sieht man kaum. In Havanna hatte ich in meiner „habitación“ glücklicherweise eine große Tasse, um mir den mitgebrachten schwarzen Tee aufbrühen zu können. Papierfilter und ein geschlossenes Sieb hatte ich mitgebracht. In Santiago bekam ich erst auf Nachfrage eine große Tasse, doch musste ich lange in Geschäften suchen, um ein passendes Gefäß zu finden, um gleich Tee für zwei Tassen aufbrühen zu können.

Ich fand dieses in einem Soßenkännchen für fast 10 CUC bevor ich in Havanna in einem Laden in Alt-Havanna dann endlich zwei große Tassen fand, die durchaus formschön und nicht zu dickwandig waren und mit 1,60 CUC je Stück einen akzeptablen Preis hatten. Bei solchen Einkaufsgängen fiel mir dann wieder das „Paradies DDR“ mit seinem umfangreichen Warenangebot ein, das man in Kuba noch immer vergeblich sucht, und von dem die 30.000 Kubaner, die in der DDR eine Berufsausbildung erhielten oder studierten noch heute sprechen.

Ausländer sind für kubanische Verhältnisse allesamt reich, sonst könnten sie nicht die Reisekosten aufbringen und so sollen sie für die Verbesserung des Lebensniveaus der Kubaner beitragen und so trifft man überall auf Versuche, ein wenig oder auch mehr von Ausländern zu holen. Wenn man mit Kubanern zusammen ist und alles zahlt, finden diese nichts daran, wenn der Ausländer später das Doppelte zahlen soll, wie offiziell angeben.

Ausländer sind für kubanische Verhältnisse allesamt reich, sonst könnten sie nicht die Reisekosten aufbringen und so sollen sie für die Verbesserung des Lebensniveaus der Kubaner beitragen und so trifft man überall auf Versuche, ein wenig oder auch mehr von Ausländern zu holen. Wenn man mit Kubanern zusammen ist und alles zahlt, finden diese nichts daran, wenn der Ausländer später das Doppelte zahlen soll, wie offiziell angeben.

24. August 2016 Günter Althaus

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Sa., 28.1.	10:00 Uhr	RotFuchs: "Martin Luther - Rebellisch und reaktionär" (Karl-Helmut Lechner)	Rostock	Bremer Str. 24
Do., 9.2.	17:00 Uhr	Gründung der Projektgruppe "25 Jahre Lichtenhagen - Unser Beitrag"	Rostock	Geschäftsstelle
Fr., 10.2.	18:00 Uhr	Versammlung zur Aufstellung des Direktkandidaten im Wahlkreis 17	Waren	
Sa., 11.2.	10:00 Uhr	RotFuchs: "Pekinger Forum zum Sozialismus im 21. Jahrhundert"	Rostock	Maxim-Gorki-Str. 52
Di., 14.2.	14:00 Uhr	Skatrunde (Neue Mitspieler gern gesehen)	Rostock	VS Bremer Str. 24
Mo., 20.2.	14-15 Uhr	Telefonsprechstunde Bernd Rixinger, Voranmeldung unter 030-24009530		
Mi., 22.2.	16:30 Uhr	Kreistagssitzung		
Mi., 22.2.	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand LRO	siehe	Kreistagssitzung
Do., 23.2.	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand HRO	Rostock	Geschäftsstelle
Mi., 8.3.	15:00 Uhr	Frauentagsfeier	Bad Dob.	Kornhaus
Di., 14.3.	14:00 Uhr	Skatrunde (Neue Mitspieler gern gesehen)	Rostock	VS Bremer Str. 24
Mi., 15.3.	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand LRO	Sieversh.	Ziegenkrug
Sa., 18.3.		Landesvertreterversammlung für die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl	Gägelow	
Do., 23.3.	15:00 Uhr	RotFuchs: "150 Jahre Band I des Kapitals" (Prof. Götz Dieckmann)	Rostock	Maxim-Gorki-Str. 52

Mitteilung der AG Seniorenpolitik Rostock

Für 2017 hat sich die AG Seniorenpolitik in ihrem Arbeitsplan u.a. folgende Schwerpunkte gesetzt:

Vermittlung und Einsatz für die Themen

- **Pflege** (Pflegebedürftigkeit – Beantragung – Pflegegrade – Palliativ- und Hospiz-Versorgung – Patientenverfügung – Vorsorgevollmacht – Wohnen im Alter – Verbesserung der Pflegebedingungen)
- **Sicherheit im Alter** (Gesundheits- und Unfallschutz – Kriminalitäts-Prävention)
- **Gegen die klaffende Schere zwischen Arm und Reich** (soziale und wirtschaftliche Folgen – Wie Umverteilung von unten nach oben beenden?)
- **Unsere Friedensposition** (Verantwortung für Kriegsursachen – Verfahren der gegenwärtigen Konfrontation

tionpolitik unter den Bedingungen moderner Verfahren wie z.B. Automatisierung, Drohnen- und Cyper-Krieg – Lehren aus der dominierenden Militärpolitik und dem Rüstungsexport der letzten Jahrzehnte – Chancen einer EU als Friedensunion)

Mit der Behandlung der Themen in Gesprächsrunden, Vorträgen und Foren mit Mitgliedern und BürgerInnen wollen wir zugleich die politische Bildung unterstützen und dazu sowohl als Zeitzeugen auftreten als auch externe Sachkundige einladen, wie z.B. Vertreter eines Pflegestützpunkts. Liebe Mitglieder in den Basisorganisationen, bei bestehendem Interesse an weiteren Themen bitten wir Euch um eine kurze Benachrichtigung unserer Arbeitsgemeinschaft per Mail (postfach.roeber@gmail.com oder auch guentheratya@t-online.de) um ggf. unseren Arbeitsplan im Februar zu ergänzen.

Mit besten Wünschen für ein gesundes neues Jahr grüßt Euch von den Mitgliedern der AG Seniorenpolitik Klaus Röber.

Am Stichtag 1. November waren 1576 Angehörige der Bundeswehr minderjährig und damit nach Definition von UNICEF Kindersoldaten. Diese Rekrutierungspraxis gehört beendet! DIE LINKE.

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300

Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Daseinsquadratur
(von Janina Niemann-Rich)

geliebt
gekämpft
gehofft
gelebt

Kreuzung
(von Janina Niemann-Rich)

dein Weg ist, woher du kommst
dein Weg ist, wohin du gehst
dein Weg ist, was du denkst
dein Weg ist, was du fühlst
dein Weg ist, was du wählst



TRIXI VON ADLER in der Kleinen Komödie

Christof Lange und Sandra-Uma Schmitz bringen in der Kleinen Komödie Warnemünde ein Stück auf die Bühne, mit dem sie ganz aktuell die Zeichen der Zeit beleuchten.

Ich war am 15. Januar im Theater. In der Kleinen Komödie Warnemünde stand das Stück „Trixi von Adler“ auf dem Programm. Am gleichen Tag sind in Berlin wieder im Gedenken an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Blumen niedergelegt worden. Auch der Autor und Regisseur Christof Lange ließ es sich nicht nehmen, vor Beginn der Vorstellung an die Verbrechen von 1919 zu erinnern. Damit war dann noch einmal die politische Ausrichtung des Stückes klargestellt. Aber jeder, der sich das Stück ansehen wollte, wusste ja natürlich schon vorher, dass die Bühnenfigur „Trixi von Adler“



eine Satire über eine AfD-Politikerin sein müsse. Der Name ähnelt doch dem von Beatrix von Storch überdeutlich. Die Namensähnlichkeiten sind fortgesetzt im Parteinamen: „AvD - Aufruf völkischer Deutsche“. Ja, die Erwartung an das Stück ging bei mir sogar soweit, dass ich mich fragte, was man denn eigentlich noch Neues dazu sagen könnte.

Die Leute wissen doch selbst, dass diese „Alternativen“ selbst schlimmer, widerlicher, verlogener, demagogischer und unmoralischer sind als die paar Schlimmen, Widerlichen, Lügner und Demagogen unter den etablierten Politikern, gegen die sich die Alternative angeblich wendet. Aber trotzdem werden sie gewählt. Und deren hohe Prozentwerte werden nicht verhindert, weil zu viele Leute selbst nicht wählen gehen. Wie kommt das? Warum finden diese politischen Brandstifter solchen Zuspruch? Warum werden offensichtliche Karikaturen von Mehrheiten zu Präsidenten gewählt? Kann das Stück eine Antwort darauf geben?

Die von Sandra-Uma Schmitz hervorragend gespielte Frontfrau der AvD, Trixi von Adler, versucht eine Dankesrede zu formulieren. Ihrer Partei wird prophezeit, bald die zweitstärkste Kraft im Bundestag zu werden. Sie überlegt, wie sie die politische Landschaft umgestalten möchte. Im Verlauf der Handlung werden nicht nur ihre braunen Ideen und widersprüchlichen Vorstellungen offenbar, sondern sie entlarvt sich auch selbst als Witzfigur.

Allerdings wird die Frage nicht beantwortet, wie es solche Witzfiguren überhaupt schaffen konnten, von so vielen Wählern eine Stimme zu bekommen.

Meine Generation ist geprägt von der Suche nach der Antwort auf die Frage, warum unsere Elterngeneration den Nazis massenhaft auf den Leim gekrochen war und sich mitschuldig gemacht hatte. Schließlich sind sie

bei demokratischen Wahlen legal an die Macht gelangt. Wir und unsere Kinder und Enkel fürchten (und erleben?), dass das jederzeit wieder möglich ist, wenn es nicht aktiv verhindert wird. Und dieses Stück ist ein Mosaikstein dabei. Am 25. und 26. Februar gibt es weitere Vorstellungen. Wehret den Anfängen!

Wolfgang Bergt

Keine Steuer- geschenke bei Millionen- Erbenschaften!

DIE LINKE.

Komplett irre: Unternehmen mit einem Wert bis 26 Millionen Euro sollen quasi steuerfrei vererbt werden können. Bei höheren Werten gibt's großzügige Rabatte.



Gewinner: Gewinner: Martin Schulz. Der neue SPD-Vorsitzende liegt in den Umfragen schon gleichauf mit Angela Merkel. **Obwohl** ihn niemand kennt. Oder **weil** ihn niemand kennt?

Verlierer: Sigmar Gabriel. Er hat es nicht geschafft, die SPD wieder auf einen sozialen Kurs zu bringen. Das ist ein Grund, warum es derzeit in Deutschland keine Hoffnung auf einen linken Politikwechsel gibt.

Monatszitate

„Wer nicht kompromissfähig ist, ist nicht demokratiefähig und wer zu viele Kompromisse macht, gibt seine Identität auf. Den richtigen Weg dazwischen zu finden, das ist die eigentliche Kunst.“ Gregor Gysi über linke Regierungsbeteiligung

Monatszahl

Insgesamt gibt es nach offiziellen Angaben derzeit 335.000 Wohnungslose in Deutschland. Unter ihnen sind 29.000 Kinder und Jugendliche. Im Jahr 2010 gab es insgesamt 246.000 Wohnungslose.

Immer mehr Menschen können von einem Job allein nicht mehr leben. Ihre Zahl hat sich seit 2003 mehr als verdoppelt: 2016 gab es 3.126.165 Multijobber.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer will für DIE LINKE das Rostocker Direktmandat erobern?
2. Wer ist in Sanitz unser Direktkandidat zur Bundestagswahl?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.03.2017